

Karsten Koch

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Beckum

Schubertstraße 32
59269 Beckum
Tel. (p) 02521/29-99999
Tel. (d) 0234/58878-0
Fax (p) 02521/29-97793
Mobil 0171/7228000
vorsitzender@spd-fraktion-beckum.de
www.beckum-gewinnt.de

24. April 2008

Die CDU und ihr Bürgermeister: Ideologische Spaltpilze sonnen sich im Glück sprudelnder Steuereinnahmen

* * * * *

Rede anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes der Stadt Beckum für das Jahr 2008

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede

Im Vorfeld der heutigen Beschlussfassung über den Haushalt 2008 der Stadt Beckum habe ich mir die Frage gestellt, von wie vielen Personen der CDU-Fraktionsvorsitzende bei seiner Etatrede wohl zur Kulissengestaltung begleitet werden würde. Zwei oder drei oder noch mehr? Ich bin zumindest von zwei Begleitern ausgegangen: von Propst Mecking und von Fitti Dermann. Dem Propst, um für die einsteingleichen Leistungen der Union um die städtischen Finanzen Weihrauch zu verbreiten und von Fitti Dermann, um für die asketischen Anstrengungen der Beckumer CDU für die Rettung des Haushaltes 2008 an jeder geeigneten Stelle einen seligmachenden Narhallamarsch zu blasen.

Aber sparsam wie man bei Beckums Christdemokraten ist oder besser sein möchte, ist deren Fraktionsvorsitzender doch alleine angetreten und hat die Aufgabe der Selbstbeweihräucherung und des musikalischen Eigenlobhudelns eigenhändig übernommen.

Von Albert Einstein stammt die Aussage: *„Wenn man zwei Stunden lang mit einem netten Mädchen zusammensitzt, meint man, es wäre eine Minute. Sitzt man jedoch eine Minute auf einem heißen Ofen, meint man, es wären zwei Stunden. Das ist Relativität.“* So etwa verhält es sich mit dem Haushalt 2008. Finanziell geht es der Stadt Beckum derzeit relativ gut; die Ursache dafür hat mit der CDU und dem Bürgermeister relativ wenig zu tun.

Das einzige, was Sie, nein was wir letztlich alle haben, ist großes Glück. Großes Glück, dass die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen unserer Stadt soviel Grund- und Gewerbesteuern in den Jahren 2006, 2007 und 2008 gezahlt haben bzw. zahlen wie noch niemals zuvor. Ohne die vielen fleißigen Unternehmerinnen und Unternehmer, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Stadt Beckum wären die Rahmenbedingungen für den diesjährigen Haushalt wahrlich andere. Das ist keine Relativität, das ist Realität. Und dafür gilt es Danke zu sagen. Das sind die wahren Helden des Haushaltes und nicht die CDU-Fraktion.

Keine der Fraktionen, die sich im Umfeld des Bürgermeisters bewegen und immer über eine zu hohe Steuerlast klagen, ist auch nur ansatzweise auf die Idee gekommen darüber nachzudenken, die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer abzusenken. Oelde liegt unter den fiktiven Hebesätzen, Beckum nicht.

Das Glück der höchsten Steuereinnahmen in unserer Stadt hat keine Partei für sich alleine, schon gar nicht die CDU gepachtet. Es ist vielmehr das Ergebnis einer -gottseindank- noch gut laufenden Konjunktur. Es ist das Ergebnis vieler fleißiger Menschen in den Unternehmen. Und es ist das Ergebnis einer Wirtschaftsstruktur in Beckum, die über Jahre und Jahrzehnte gewachsen ist und für die die kommunale Politik im Rahmen ihrer Möglichkeiten vernünftige Bedingungen geschaffen hat.

Diese Rahmenbedingungen sind in den allermeisten Fällen durch politische Entscheidungen getroffen worden, die parteiübergreifend getragen wurden. Trotz allen Streits in der Sache, und da gibt es ohne Zweifel viel zu streiten, haben alle Parteien ihren Anteil an den soliden Strukturen in unserer Stadt. Und genau deshalb geht die Vitalität des Etats 2008 schon gar nicht auf das Konto einer einzigen Partei oder eines Bürgermeisters.

Warum sage ich das? Ich sage das deshalb so deutlich, weil der politische Streit oftmals vergessen lässt, dass wir alle gemeinsam angetreten und dazu verpflichtet sind, dem Wohle unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger zu dienen. Dieses sollte keiner Partei in Abrede gestellt werden. Ich habe auch keinen Zweifel daran, dass sich auch die Beckumer CDU grundsätzlich wie alle anderen Parteien dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt und prinzipiell das Beste für die Stadt will. Man muss das anerkennen und muss dennoch gleichzeitig auch konstatieren, dass die CDU und ihr Bürgermeister aus ideologischen Gründen wie ein Spaltpilz wirken und einem den Eindruck vermitteln, man säße seit gut zwei Jahren auf einer heißen Herdplatte.

Die Mächtigkeit des Personalhaushaltes und die Situation der Verwaltung insgesamt veranlassen mich in diesem Jahr, auf dieses Thema intensiv einzugehen. Zu Beginn der laufenden Wahlperiode haben Sie, Herr Dr. Strothmann, ihr Amt als Bürgermeister angetreten. Das war für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kein Wunschkonzert; aber wir haben den Führungswechsel an der Spitze der Stadt konstruktiv mit der Vorstellung begleitet, dass es nach der Epoche des Sozialdemokraten Peter Ebell eine neue Phase des Christdemokraten Karl-Uwe Strothmann geben würde, in der der Bürgermeister sich nicht als Parteipolitiker und Parteitaktiker definiert, sondern vor allem eine Persönlichkeit ist, die die politischen Ideen bündelt, Kräfte zusammenführt und über den Parteien steht.

Heute wissen wir: die erhoffte Epoche ist nur eine kurze Episode geblieben. Nach einer anfänglich wirklich guten und vertrauensvollen Arbeit hat sich die Situation seit Mitte 2006 dramatisch verändert, ja sogar dramatisch verschlechtert.

Für uns Sozialdemokraten ist es unverständlich, dass Sie dieses gute Einvernehmen ohne Not aufgekündigt und unseren Vertrauensvorschuss so missbraucht haben. Wir haben uns deutlich in der politischen Auseinandersetzung zurückgenommen und beispielsweise die Haushalte der Jahre 2005 und 2006 mitgetragen. Mehr als 95 Prozent aller Entscheidungen des Rates und der Ausschüsse haben die Zustimmung meiner Fraktion gefunden. Aber das ist Ihnen seit 2006 offensichtlich nicht mehr wichtig.

Zu der parteipolitischen Taktiererei kommen erschwerend auch noch handwerkliche Fehler hinzu. Wenn man glaubt, der Einzige zu sein, der was kann, dann darf man sich nicht wundern, wenn in der Verwaltung die Strukturen aus dem Lot geraten. 2004 haben Sie von Peter Ebell die Verantwortung für eine von Solidität, Selbstbewusstsein und Schlagkraft geprägte Verwaltung übernommen. Heute prägt die Verwaltung vor allem eines: richtig schlechte Stimmung.

Man muss akzeptieren, dass Sie mit Ihrer Partei die Abschaffung der Dezernate durchgesetzt haben. Aber man muss nicht akzeptieren, dass Sie die Chance und die Pflicht für eine andere und auch bessere Verwaltungsorganisation regelrecht vergeigt haben. Wir haben wirklich geglaubt, dass es Ihnen gelingen könnte, eine Aufbruchstimmung im Rathaus zu schaffen, die die Arbeit von Rat und Verwaltung beflügelt und den Nährboden für neue zukunftsorientierte Entwicklungen schafft. Was ist denn seit der Bildung der Fachbereiche besser geworden?

Die Leitung des Fachbereiches 5, der nichts anderes als das alte Jugend- und Sozialamt ist, ist bis heute nicht besetzt. Was ist das für ein Desaster! Eine zweite Ausschreibung liefert eben auch nur einen zweiten Aufguss. Das gilt für den Fachbereich 6 genauso. Was haben wir denn mit der zweiten Ausschreibung für den Fachbereich Wirtschaftsförderung und Stadtplanung an Qualität bekommen, was wir nicht schon im ersten Anlauf oder auch intern hätten besser haben können? SPD, FWG und Grüne wollten mit Ihnen gemeinsam eine Entscheidung treffen, aber Sie mussten ja Rücksicht auf Ihre Partei nehmen. Das war offensichtlich keine ordentliche Mehrheit.

Übrigens ist im Protokoll über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 6. November 2007 als Erwiderung auf die Ausführung von Frau Kollegin Linnemann *„Das letzte Ausschreibungsverfahren habe bereits gezeigt, dass die gesuchte Kombination von den Bewerberinnen und Bewerbern nicht erfüllt werden könne. Zudem verfüge man bereits über einen allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters.“* ausgeführt: *„Bürgermeister Dr. Strothmann wies darauf hin, dass es bei der letzten Ausschreibung durchaus Kandidaten gegeben habe, die die Stelle hätten ausfüllen können.“*

Jetzt, beim zweiten Aufguss, sprechen Sie, wohl wissend, dass SPD und Grünen dagegen gestimmt haben, öffentlich von einer *„ordentlichen Mehrheit“*. Nun ja, dieses Mal hat der gewählte Bewerber ja auch ein Parteibuch der CDU. Die schwarze eierlegende Wollmilchsau

ist damit nicht gefunden worden. Schwarz ja, aber das war es dann auch schon. Ganz besonders die Fachdienste 61 und 80 werden sich freuen.

Ich verzichte an dieser Stelle, alle Ausführungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden zu wiederholen, die bei mehreren Gelegenheiten zu der Fragestellung getätigt wurden, was denn passieren würde, wenn der Fachbereichsleiter 6 nicht die Voraussetzungen für die Allgemeine Vertretung des Bürgermeisters mitbringt. Eine ganz drollige Ankündigung aber ist es wert, heute wiederholt zu werden. Wörtliches Zitat aus der Glocke vom 18. November 2006: „*Dann müssen wir noch einmal ganz neu über die Wahl eines Beigeordneten nachdenken.*“ Wirklich drollig. Auf das Ergebnis des Nachdenkens sind wir schon sehr gespannt. Auf das Thema Allgemeine Vertretung komme ich gleich noch einmal zurück.

Bei jeder Gelegenheit wird über Personalabbau diskutiert. Die glorreiche Arbeitsgruppe „Aufgabenkritik“ wollte ja jeden Stein umdrehen und gravierende Einsparpotenziale identifizieren. Herausgekommen sind Niedlichkeiten. Unser Vorschlag bei den Etatberatungen, die grundsätzliche Besetzung der Fachbereichsleitung 6 unter den gegebenen Umständen nochmals zu überdenken und auszusetzen, haben Sie, Herr Bürgermeister, bei den Etatberatungen sofort abgewürgt. Bei einer Stelle der Entgeltgruppe 15 für einen CDU-Parteigänger hört die Sparsamkeit schnell auf; die fängt erst dann wieder an, wenn es um zusätzliche 3.000 Euro für die Sportjugendförderung geht. Sie persönlich haben sich lieber gegen eine Mehrheitsentscheidung des Fachausschusses gestellt und die Initiative für die Rücknahme dieser Aufstockung ergriffen.

Der Fachbereich 5 hat weiterhin keine Leitung. Seinerzeit haben Sie den Antrag meiner Partei abgelehnt, die Stelle der Jugend- und Sozialamtsleitung sofort wieder zu besetzen. Darunter leiden bis heute diejenigen, die die Dienste dieses Amtes bzw. Fachbereiches in Anspruch nehmen wollen oder müssen. Und es leiden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter dieser Situation. Das letztjährige Schreiben des Fachbereiches 5 war ein Hilferuf. Haben Sie diesen Hilferuf aufgenommen? Haben Sie sofort reagiert und haben Sie sich gekümmert? Nein. Sie haben dem Schreiben keine Bedeutung zugemessen. Erst nach einer Presseberichterstattung über diesen Brief sind Sie aktiv geworden, haben fragwürdige Ermittlungen durchführen lassen und sich letztendlich sieben Minuten Zeit für ein intensives Gespräch über das Schreiben mit dem Fachbereich 5 genommen.

Die Umorganisation der Verwaltung hat nicht nur nichts gebracht, sie hat auch eine Reihe von Kollateralschäden hinterlassen.

Und jetzt noch einmal zurück zum Thema Allgemeine Vertretung des Bürgermeisters. Ich habe mit Schreiben vom 14. Juli 2007 den Bediensteten der Stadtverwaltung folgendes wörtlich mitgeteilt: „*Ist in einer Gemeinde (so wie derzeit in Beckum) kein Beigeordneter vorhanden, bestellt der Rat den Allgemeinen Vertreter gemäß § 68 Abs. 1 S. 4 GO NW. Der Rat der Stadt Beckum hat hierzu eine Entscheidung getroffen und Holger Klaes zum Allgemeinen Vertreter bestellt.*

Die SPD-Fraktion hat hierzu eine andere Auffassung vertreten und es für richtig gehalten, die Allgemeine Vertretung an die Leitung des (ehemaligen) Hauptamtes zu koppeln. Die Entscheidung zu Gunsten von Herrn Klaes wird von der SPD nicht zuletzt deshalb akzeptiert, weil auch er gute Voraussetzungen für dieses Amt mitbringt. Seitens der SPD-Fraktion wird es deshalb keine Bemühungen geben, an dieser Entscheidung etwas zu verändern. Sollte es wieder Beigeordnete geben, wofür wir stehen, würde sich die Situation durch den § 68 GO NW ändern. Es gibt also keinen Grund, Herrn Klaes als Allgemeinen Vertreter in Frage zu stellen; er ist kein Allgemeiner Vertreter mit Verfallsdatum.“

Das ist die Position der SPD. Die hatte gestern Bestand, sie hat heute Bestand und sie wird morgen Bestand haben. Deshalb hatten wir bei der erneuten Ausschreibung für die Fachbereichsleitung 6 beantragt, Fachbereichsleitung und Allgemeine Vertretung zu entkoppeln. Die CDU und ihr Bürgermeister haben dieses mit Mehrheit abgelehnt. Das war am 6. November 2007. Also vor etwas mehr als einem Vierteljahr waren CDU und Bürgermeister noch auf der

Suche nach einem neuen Allgemeinen Vertreter. Der CDU-Fraktionsvorsitzende war in seiner Haushaltsrede 2007 noch unverschämter, als er nämlich wörtlich ausführte: *„Ein wichtiges Ziel im Rahmen dieser personellen Neuausrichtung bleibt die qualifizierte Besetzung des Vertreters des Bürgermeisters, die es noch zu lösen gilt.“*

Das ist wirklich ein totaler Wahnsinn, was hier personalpolitisch in Beckum stattfindet. Ich finde diese Vorgehensweise schlimm. Sie schadet nicht nur der Person Holger Klaes, sondern der Verwaltung insgesamt. Die Verwaltung hat die Aufgabe, nach Recht und Gesetz zu handeln und vorgegebene Aufgaben sachlich und fachlich zu erfüllen. Sie ist aber keinesfalls die Dienerin einer Partei. Was also soll dieses Ränkespiel?

Die Berichterstattung vom gestrigen und vom heutigen Tage sprechen Bände. Und plötzlich gibt es das Bekenntnis des Bürgermeisters: *„Mein allgemeiner Vertreter ist und bleibt Herr Klaes. Eine anderweitige Entscheidung des Rates der Stadt Beckum ist nicht absehbar und von mir auch nicht gewünscht.“*

Am 6. November 2007 klang das noch ganz anders. Es bedurfte erst eines Totalschadens bei der Aktion „Aufguss 2“, ehe sich der Bürgermeister zu dieser Aussage aufrufen konnte. Herr Klaes, es wirklich beschämend, was Sie hier aushalten müssen. Deshalb sage ich Ihnen deutlich und unmissverständlich, ohne eine Aussage aus der Vergangenheit zurücknehmen oder neu deuten zu müssen: Sie sind ein anständiger Kerl, Sie sind ein sehr guter Kämmerer und Allgemeiner Vertreter und Sie können mit der Gewissheit leben, dass dieser Rat es nicht mehr schaffen wird, an der Allgemeinen Vertretung irgendetwas zu ändern. Und das ist auch gut so.

Entlarvend, wie wenig der Stellenplan noch eine Rolle spielt und wie sehr Parteipolitik in den Vordergrund rückt, ist das fast anekdotenhafte Versäumnis, dass zur Einladung für die heutige Ratssitzung der Stellenplan 2008 nachgereicht werden musste, obwohl der noch nicht einmal von der Fassung im Haushaltsentwurf abweicht. Unter anderen politischen Vorzeichen wurde vor noch gar nicht allzu langer Zeit noch jede halbe Überstunde problemorientiert diskutiert. Heute ist alles anders. Im eigenen Haus werden Sie nicht von Entgeltgruppe 11 nach Entgeltgruppe 15 hochgehievt. Da müssen Sie schon in der CDU sein und von ganz weit weg kommen.

Neben dem Glück der sprudelnden Steuereinnahmen gibt es leider auch Pech; Pech mit den Gemeindefinanzen, die in Düsseldorf festgelegt werden. Die Haushaltslage unserer Stadt, nicht nur unserer Stadt, sondern aller 396 nordrhein-westfälischen Kommunen, könnte erheblich besser sein, hätten wir nicht seit dem Jahr 2005 eine schwarz-gelbe Landesregierung, die die Städte und Gemeinden Jahr für Jahr massiv belastet. Die Bilanz ist verheerend.

Ich will nur einige Beispiele nennen, unter denen die kommunalen Haushalte und damit die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen leiden:

- Verdoppelung des Anteils an der Krankenhausfinanzierung - Belastung: rund 110 Mio. EUR
- Wegfall der Fördermittel nach dem Weiterbildungsgesetz - Belastung: rund 18 Mio. EUR
- Dauerhafte Kürzung der Sachkostenpauschale im Tagesbetreuungsbereich - Belastung: rund 72 Mio. Euro
- Wegfall der Beteiligung an der Grunderwerbssteuer - Belastung: rund 162 Mio. EUR
- Wegfall der Erstattung nicht eingenommener Elternbeiträge - Belastung: rund 85 Mio. Euro
- Verlagerung der Kosten der Deutschen Einheit auf die Kommunen - Belastung: rund 450 Mio. Euro

Und so weiter und so weiter ...

Insgesamt beläuft sich der Einnahmeverlust auf Seiten der Kommunen auf mehr als 850 Mio. Euro pro Haushaltsjahr. Seit Regierungsantritt hat die schwarz-gelbe Koalition den Städten und Gemeinden mehr als 2,5 Milliarden Euro entzogen. Angesichts der gut laufenden Konjunktur scheint es die Christdemokraten in Beckum und anderenorts nicht sonderlich zu jucken, dass dieses Geld in unserer Kasse fehlt. Aber ohne Untergangsprophet sein zu wollen: die wirtschaftliche Lage ändert sich auch mal wieder und dann wird uns dieses Geld richtig bitter fehlen. Ich weiß: wenn die SPD das kritisiert, dann stört das die CDU nicht sonderlich.

Einer hat aufgeschrien und vielleicht stört der ja die stoische Ruhe der Unionschristen. Ich darf aus der „Westdeutschen Zeitung“ vom 6. Juli 2007 wörtlich zitieren: *„Magnus Staehler (49) ist so etwas wie der Star unter den Bürgermeistern in Nordrhein-Westfalen. Während in mehr als 100 Kommunen des Landes die Kämmerer keinen Cent mehr ausgeben dürfen, ohne die Bezirksregierung oder den Landrat zu fragen, baden Staehler und Langenfeld gleichsam im Geld.“*

In der 50.000-Einwohner-Gemeinde läuft die Schuldenuhr rückwärts und soll am 3. Oktober des Jahres 2008 auf null stehen. Mit dieser Nachricht hat Bürgermeister Staehler es in die Gazetten landauf, landab gebracht. Und wann immer eine Vorzeigekommune gesucht wird, ist die Stadt des CDU-Mannes eine heiße Kandidatin.“

Und dann folgt in der Berichterstattung eine Passage, die keinen redaktionellen Fehler beinhaltet und der nichts hinzuzufügen ist: *„Dort, in Düsseldorf, wackelt Staehlers Ansicht nach zudem der Schwanz mit dem Hund. Rüttgers werde vom Koalitionspartner FDP ‚am Nasenring durch die Arena geführt‘. Die aktuelle Landesregierung sei für die Kommunen die schlechteste, die es je in Nordrhein-Westfalen gegeben habe, bilanzierte er.“ (Hinweis: Der vollständige Artikel ist dieser Rede als Anlage 1 beigelegt.)*

Ich muss und will das Thema Verschuldung und Entschuldung unserer Stadt ansprechen. Klar ist, dass es keine Fraktion hier im Rat gibt, die sich nicht über eine Entschuldung unserer Stadt freut. Jeder Euro weniger Schulden schafft mehr Handlungsmöglichkeiten und auch mehr Generationengerechtigkeit. Nachfolgende Generationen dürfen nicht dafür einstehen müssen, dass vorherige Generationen hemmungslos über ihre Verhältnisse gelebt haben.

Mehr als 90 Prozent der über 65 Millionen Euro Schulden, die die Stadt Beckum Ende des vergangenen Jahres 2007 hatte, sind unter einer CDU-geführten Ratsmehrheit entstanden. Das sind alles Schulden der CDU.

Ich könnte den euphorischen Jubel über die Entschuldung ja noch verstehen, wenn sie das Resultat eigener mühsamer Anstrengungen und wegweisender Beschlüsse wäre. Wenn ein Arbeitnehmer monatelang Sonderschichten schiebt, um mit dem zusätzlichen Verdienst Schulden abzubauen, dann ist das eine persönliche Leistung. Aber sprudelnde Steuereinnahmen sind keine persönliche politische Leistung, sondern das von mir bereits erwähnte Ergebnis der konjunkturellen Situation.

Ich will einen kleinen Einschub zur politischen Verantwortung machen. Es ist doch geradezu verrückt, dass es die SPD-geführte Regierung Schröder war, deren Reformen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Gewerbesteuer heute den wirtschaftlichen Aufschwung in weiten Teilen tragen. Und die gleiche SPD, die 2005 für diese Reformen bei der Bundestagswahl abgestraft wurde, schaut heute noch verschämt auf die Schuhspitzen, während die CDU sich im Lichte dieser Erfolge sonnt. Das ist schon ziemlich verrückt. Aber das wird nicht ewig so bleiben. Stimmungen sind noch keine Stimmen und wir gewinnen auch lieber Wahlen als Umfragen. Ende des kleinen Einschubs.

Wir stellen wir uns in Beckum gerne einer sachlichen, analysierenden Auseinandersetzung, was die Verschuldung unserer Stadt angeht.

Rechtzeitig vor der Kommunalwahl im nächsten Jahr tritt der Bürgermeister mit der Botschaft an, seit 2001 habe sich die Stadt Beckum um rund 17 Millionen Euro entschuldet. Das Jahr

2001 wird als Referenzjahr gewählt, weil in diesem Jahr quasi Einstein nach Beckum gekommen ist. Hier sollten wir uns nun einer sachlichen Analyse zuwenden.

Schulden werden nicht für die Ewigkeit gemacht, sondern dienen in der Regel dazu, Investitionen, für die das Eigenkapital fehlt, zu finanzieren. Da die Gläubiger ihr Geld wiederhaben wollen, unterliegt jeder Schuldenfinanzierung auch eine Tilgungsplanung. Mit Einnahmen in den Folgejahren werden Schulden reduziert und irgendwann sind sie vollständig getilgt.

Dieses Prinzip hat auch in Beckum Gültigkeit und das auch schon vor dem Jahr 2001. So wurden schon immer Schulden planmäßig getilgt. Unterstellt man, dass der Haushalt 2008 ein Treffer wird, wird sich laut den Zahlen der Verwaltung der Schuldenstand von Ende 2001 (Schuldenstand: 69,5 Millionen Euro) bis Ende 2008 (voraussichtlicher Schuldenstand: 63,5 Millionen Euro) um 6 Millionen Euro verringert haben. 6 Millionen Euro weniger Schulden sind zunächst einmal ein erfreuliches Ergebnis.

Nun die Gegenprüfung. Welche planmäßige Tilgung ist denn zum Abbau der Schulden in dem Zeitraum 2001 bis 2008 vorgesehen gewesen? Addiert man die Daten der Verwaltung, dann kommt man auf eine Summe von 18 Millionen Euro. 6 Millionen Euro weniger Schulden, aber 18 Millionen Euro planmäßige Tilgung, wie kann das sein? Die Antwort liefert die Verwaltung gleich mit. Im Zeitraum 2001 bis 2008 sind nämlich neue Kreditaufnahmen in Höhe von 12 Millionen Euro erfolgt bzw. noch vorgesehen. Im Ergebnis sind also die eigentlichen Nettotilgungsleistungen für Schulden, die wir ja nicht ewig haben wollen, um 12 Millionen Euro für neue Schulden reduziert worden. Oder anders ausgedrückt: ohne neue Schulden hätte die Stadt Beckum Ende 2008 im Kernhaushalt nicht 63,5 Millionen Euro, sondern nur 51,5 Millionen Euro Schulden. Und das wäre nur das planmäßige Ergebnis gewesen. (Anlage 2)

Fazit der Analyse: schön auf dem Teppich bleiben und die ganze Wahrheit erzählen. Hinzu kommt ja auch noch, dass in der laufenden Wahlperiode erhebliche Vermögenswerte in Form von Grundstücken veräußert und die Erlöse vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt transferiert wurden, um dort laufende Ausgaben zu finanzieren. Auch das ist eine Form der Verschuldung, die man bei dem unmittelbar zu identifizierenden Schuldenstand hinzu addieren muss.

Lediglich die Entschuldung beim Eigenbetrieb „Energieversorgung und Bäder“ läuft planmäßig und ist ebenfalls kein Wunder oder das Ergebnis harter Arbeit von CDU oder Bürgermeister. Vielmehr geht das Konstrukt der Finanzierung der Rekommunalisierung der Energieversorgung, das die SPD maßgeblich zu verantworten hat, schlicht und einfach auf. In diesem Zusammenhang passt auch das Stichwort „GEKKO“ gut hinein. Die CDU ist bei diesem Thema gespalten und ohne die einstimmige Zustimmung der SPD hätte es für dieses große und zukunftsweisende Kohlekraftwerk keine Ratsmehrheit gegeben. Aber irgendwann, wenn das Projekt Gewinne abwirft, dann war es wieder die CDU.

Und auch das Thema Kassenkredite möchte ich kurz streifen. Als Kassenkredite werden Kreditaufnahmen der Kommunen bezeichnet, die dem Verwaltungshaushalt zugeordnet sind und den Kommunen zur Sicherung des kurzfristigen Liquiditätsbedarfs der öffentlichen Kassenwirtschaft dienen. Soweit die amtliche Definition. Übersetzt heißt das: die Stadt hat in den Jahren 2001 bis 2007 ihr Konto kräftig überzogen und nun im Zuge sprudelnder Steuereinnahmen wieder glatt gemacht. Auch das wird jetzt als Erfolg gefeiert und ist Bestandteil der Zahl 17 Millionen. In keiner Statistik zuvor sind die Kassenkredite zu den Schulden der Stadt hinzugefügt worden. Dann wären wir nämlich Schuldenrekordhalter gewesen. Aber so ist das: was nicht passt, wird passend gemacht.

Gesamtfazit der Schuldenanalyse: Die Schulden sinken und das ist gut. Aber sie sinken bei weitem nicht so stark wie geplant. Die planmäßige Nettotilgung wäre ein Erfolg gewesen, die überplanmäßige Nettotilgung ein außerordentlicher Erfolg. Beides, meine Damen und Herren, wurde nicht erreicht.

Alles in allem ist es erfreulich, dass die Einnahmesituation es ermöglicht, dringende Investitionen zu tätigen, die inhaltlich völlig unstrittig sind und die volle Unterstützung der SPD-Fraktion finden. Ich nenne hier ganz besonders die Sanierung der Toilettenanlagen an vier Grundschulen, die energetische Sanierung des Albertus-Magnus-Gymnasiums, die Errichtung von zwei Mensen an beiden Gymnasien sowie den Ausbau von Straßen und Radwegen, den Hochwasserschutz und ganz besonders die Erweiterung des Gewerbeparks Grüner Weg. Das sind alles Maßnahmen, für die wir stehen und die nahezu alle ihren Ursprung in parteiübergreifenden Überzeugungen haben.

Wir begrüßen auch die Anlage einer Trainingswiese neben dem Kunstrasenplatz in Roland. Den Kunstrasenplatz gäbe es heute nicht, hätte die SPD nicht seinerzeit gemeinsam mit der Roländer Bürgerschaft intensiv dafür gekämpft. Den Roländer Bürgerinnen und Bürgern muss man sagen, dass es gut war, dass die CDU den Antrag in diesem Jahr für die Trainingswiese gestellt hat. Wäre er nämlich von der SPD gekommen, dann hätte er das gleiche Schicksal wie der Hallenboden der Turnhalle in Vellern genommen. Er wäre abgelehnt worden. So ist es für uns eine Herzensangelegenheit gewesen, für den Antrag zu stimmen. Und den Bürgern in Vellern sage ich, einmal abgelehnt heißt aus sozialdemokratischer Sicht nicht, für immer abgelehnt. Dieses Thema wird schon sehr bald noch heißer werden.

Die Entwicklung der Wohnbautätigkeit in unserer Stadt ist alarmierend. Schon im Jahr 2006 wurden die Planzahlen für Grundstücksverkäufe deutlich unterschritten. Im Jahr 2007 hat es den geplanten galoppierenden Anstieg im Baugebiet Pflaumenallee-Ost nicht gegeben. Und die Haushaltszahlen für 2008 lassen erwarten, dass sich daran nichts Gravierendes ändern wird.

Die Abschaffung der Eigenheimzulage und die demographische Entwicklung haben uns hart getroffen. Im Baugebiet „Pflaumenallee-Ost“ rächt es sich angesichts der wenigen Grundstücksverkäufe zusätzlich, dass unsere Initiative für eine besondere finanzielle Förderung bauwilliger Familien nicht unterstützt wurde. Wir sind im Vergleich zu unseren Nachbarstädten einfach zu teuer und preislich nicht attraktiv genug. Die SPD-Fraktion wird deshalb noch vor der Sommerpause einen Antrag mit dem Ziel einbringen, die Grundstückspreise zu prüfen und zu reduzieren.

Im Haushalt stehen aufgrund einer Initiative meiner Fraktion 5.000 Euro für ein Programm zur Förderung von Energiepässen bereit. Hierzu werden wir ebenfalls in Kürze einen Antrag einbringen, um dieses Programm mit Leben zu erfüllen. Wir brauchen solche Initialzündungen, um ökologische und ökonomische Anreize für wichtige Gebäudesanierungen zu geben. Wir laden Sie, Herr Tarner, mit ihrem Sach- und Fachverstand und alle anderen Interessierten gerne ein, gemeinsam für ein neues ökologisches Profil der Stadt Beckum zu arbeiten. Grundlage dafür kann ein entsprechender Antrag sein, den wir schon bald in die kommunalpolitischen Gremien einbringen werden und in dem wir nochmals auch das leidige und in die Jahre gekommene Thema Bodenkataster aufgreifen werden.

Insgesamt müssen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten feststellen, dass die CDU keinen Wert auf ein gemeinsames Handeln beim Haushalt 2008 legt. Ihr Angebot, Herr Bürgermeister, wir tragen den Haushalt mit und Sie sorgen dafür, dass der SPD-Antrag in Höhe von 3.000 Euro für eine Tischtennisplatte im Außenbereich des Kopernikus-Gymnasiums in den Haushalt 2008 aufgenommen und der Hallenboden in Vellern saniert wird, reicht -mit Verlaub- nicht einmal im Promillebereich aus. „In der Pfütze ist die Fliege Admiral“ - diese alte Lebensweisheit mag jede Fraktion, die will, für sich in Anspruch nehmen. Die SPD-Fraktion wird jedenfalls in dieser Pfütze nicht baden und den Haushalt 2008 aus Überzeugung ablehnen.

Wir wollen Strategien für die Zukunft, die über das Tagesgeschäft hinausreichen. Das unterscheidet uns vom Bürgermeister. Wir wollen etwa ein Stadtentwicklungskonzept „Beckum 2020“ mit einer mittel- und langfristigen, auf Nachhaltigkeit angelegten Handlungsperspektive

für unsere Stadt. 27 Monate ist unser Antrag übrigens inzwischen alt. Stadtentwicklung ist uns wichtiger als das Rathaus anzupinseln.

Wenn sich in diesem Rat etwas Grundlegendes ändern sollte und es wieder Perspektiven für gemeinsame Sachentscheidungen laufenden Jahr und im Rahmen der Haushaltsberatungen 2009 gibt, werden wir den Haushalt 2009 gerne wieder mittragen. Heute aber wird es eine kraftvolle Ablehnung geben.

Meine Damen und Herren, die Beratungen in den Ausschüssen waren zwar mehr als unbefriedigend, gleichwohl möchte ich mich bei allen Ratskolleginnen und -kollegen und sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern nach Abzug des parteipolitischen Getöses für das menschlich faire Miteinander bedanken.

Ich bedanke mich auch bei Herrn Kämmerer Klaes, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei sowie der gesamten Verwaltung für die Unterstützung unserer Etatberatungen. Ein ganz besonderer Dank gilt Herrn Vehrenkemper vom Ratsbüro für die wirklich hervorragende Zusammenarbeit.

Sie alle können sich auf die Loyalität der SPD-Fraktion auch in der Zukunft verlassen.

Lassen Sie mich mit einem letzten Thema zum Schluss kommen. Angesichts der demographischen Entwicklung und des damit verbundenen Rückgangs der Schülerzahlen ist Schulpolitik vor Ort kein leichtes Unterfangen. Gerade bei diesem nicht nur schwierigen, sondern schweren Thema hat die SPD Standfestigkeit bewiesen. Wir haben uns seinerzeit für die Umwandlung des Kopernikus-Gymnasiums in ein grundständiges Gymnasium eingesetzt. Wir haben entscheidend zu der Neuordnung der Grund- und Hauptschullandschaft im Stadtteil Beckum beigetragen und wir kümmern uns intensiv um die schulische Sicherung der Stadtteile Neubeckum und Roland.

Die Käthe-Kollwitz-Schule steht als nächstes auf der Agenda. Diesen Schulstandort wollen wir im Rahmen des geltenden Schulgesetzes erhalten und fortzuentwickeln.

Zu Roland ist eine Entscheidung getroffen worden, mit der wir leben können. Die Rolandsschule wird zwar formal aufgelöst, der Grundschulstandort Roland bleibt aber erhalten. Das ist die wichtigste Nachricht für den Stadtteil, wichtiger als jede Trainingswiese. Das ist das kommunalpolitische Verdienst der Zusammenarbeit der fünf Ratsfraktionen in der Arbeitsgruppe Schulentwicklung. Gemeinsam mit Frau Cappenberg, die einen großen Anteil an diesem Erfolg hat, haben wir etwas existentiell Wichtiges für den Stadtteil erreicht. Jetzt hat der Schulstandort, jetzt hat der Stadtteil eine gute Perspektive. Darauf kann man sich nicht ausruhen, aber man kann darauf aufbauen. Jetzt gilt es, ein Profil zu entwickeln, das die Qualitäten dieser Schule betont und erlebbar macht. Alles, was der Schulstandort jetzt und in den kommenden Jahren braucht, müssen wir ihm geben.

Dank gebührt auch der Schulleiterin der Sonnenschule, die sich dieser zusätzlichen Aufgabe angenommen hat. Und was ist mit Berni Recker? Laut Bürgermeister war der CDU-Landtagsabgeordnete einer der Väter des Erfolgs. Er hat offensichtlich so hart am Erfolg gearbeitet, dass er als Erster überhaupt den Verantwortlichen im Stadtteil Roland die frohe Kunde überbringen konnte, dass die Bezirksregierung Münster das Standortkonzept Rolandschule - Roncallischule genehmigt habe. Donnerwetter.

Vielen Dank Berni Recker.

Und Ihnen vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Westdeutsche Zeitung, 6. Juli 2007

Anlage 1

Vorzeigekommune: Schelte für den Parteifreund

von Lothar Leuschen

Langenfelds CDU-Bürgermeister kritisiert Ministerpräsident Jürgen Rüttgers

Langenfeld. Magnus Staehler (49) ist so etwas wie ein Star unter den Bürgermeistern in Nordrhein-Westfalen. Während in mehr als 100 Kommunen des Landes die Kämmerer keinen Cent mehr ausgeben dürfen, ohne die Bezirksregierung oder den Landrat zu fragen, baden Staehler und Langenfeld gleichsam im Geld.

In der 50 000-Einwohner-Gemeinde läuft die Schuldenuhr rückwärts und soll am 3. Oktober des Jahres 2008 auf null stehen. Mit dieser Nachricht hat Bürgermeister Staehler es in die Gazetten landauf, landab gebracht. Und wann immer eine Vorzeigekommune gesucht wird, ist die Stadt des CDU-Mannes eine heiße Kandidatin.

Der Vorwurf: Rüttgers habe einige Versprechen gebrochen

Auf einem solchen Erfolgsteppich ist gut parlieren, selbst wenn das Thema noch so ärgerlich ist. Und die Landesregierung ist ein einziges Ärgernis für den Bürgermeister.

Sein Urteil über die Arbeit von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) sowie die der Landtagsfraktion der Christdemokraten ist vernichtend. „Zu Beginn seiner Amtszeit hat Rüttgers eine kommunalfreundliche Politik versprochen. Da sehe ich gewisse Defizite“, sagt Staehler.

Und damit ist es auch schon vorbei mit der vornehmen Zurückhaltung. Staehler schätzt Rüttgers nicht besonders. Als der Landesvater zuletzt durch den Kreis Mettmann radelte, zu dem Langenfeld gehört, hat der Bürgermeister sich schlicht geweigert, dem Regierungschef seine Aufwartung zu machen.

Derlei Konventionen sind Staehlers Sache nicht, schon gar nicht gegenüber einem, der seine Versprechen nicht halte. „Das hat mit dem Weiterbildungsgesetz zu Lasten der Volkshochschulen angefangen“, resümiert der Bürgermeister die gut zweijährige Amtszeit von Ministerpräsident Rüttgers. Auch was danach kam, trägt für Staehler nicht gerade das Prädikat kommunalfreundlich und erwecke den Anschein, als wollten sich Land, aber auch der Bund ihre eigene Sanierung von Städten und Gemeinden bezahlen lassen.

Bürgermeister Staehler hat eine lange Liste mit Kritikpunkten

Der Bürgermeister zählt einiges auf: ein Sparkassengesetz, das die Struktur der Kommunen zerstöre, das Verbot der wirtschaftlichen Betätigung städtischer Tochtergesellschaften, die ausbleibende Finanzierung von Ganztagschulen, die Steuerpflicht für Tagesmütter und die Kohlenmonoxid-Leitung durch den Kreis Mettmann.

„Die Pipeline steht den Interessen der Bürger wirklich diametral gegenüber. Aber für Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) ist eine Diskussion darüber tabu“, schimpft Staehler.

CDU von der FDP „am Nasenring durch die Arena geführt“

Für den Langenfelder, der im Alter von 38 Jahren Bürgermeister wurde und die Stadt seither regiert, ist einiges faul in der politischen Landschaft Deutschlands. Und er leistet es sich, bei seiner Kritik Ross und Reiter zu nennen.

„Das Leben findet immer noch in den Städten statt. Sie machen ein Land lebendig. Keine Regierung schafft Arbeitsplätze, das machen immer nur die Unternehmen vor Ort“, sagt Staehler. Er fordert die Landespolitik auf, endlich auf die Kommunen zu schauen und deren Sachverstand zu nutzen. Das Kommunale und nichts anderes sei der Kern aller Politik.

„Vielleicht haben wir zu wenige Leute mit kommunalem Hintergrund im Landtag“, sagt der Bürgermeister. Dort, in Düsseldorf, wackelt Staehlers Ansicht nach zudem der Schwanz mit dem Hund.

Rüttgers werde vom Koalitionspartner FDP „am Nasenring durch die Arena geführt“. Die aktuelle Landesregierung sei für Kommunen die schlechteste, die es je in Nordrhein-Westfalen gegeben habe, bilanziert er.

Anlage 2

Entwicklung der Schulden in Beckum

Jahr	planmäßige Tilgung	Kredit-aufnahme	Schuldenstand am 31.12. des Jahres
2001			69.504.995,86 €
2002	2.200.661,56 €	2.035.000,00 €	69.339.334,30 €
2003	2.315.760,11 €	2.000.000,00 €	69.023.574,19 €
2004	2.472.904,36 €	35.000,00 €	66.585.669,83 €
2005	2.572.477,03 €	2.500.000,00 €	66.513.192,80 €
2006	2.670.733,60 €	2.500.000,00 €	66.342.459,20 €
2007	2.820.977,82 €	2.000.000,00 €	65.521.481,38 €
2008	2.996.750,00 €	937.800,00 €	63.462.531,38 €
(geplant)			
Summe	18.050.264,48 €	12.007.800,00 €	6.042.464,48 €

Fazit:

Obwohl die planmäßigen Tilgungsleistungen rund 18 Millionen Euro umfassen, beträgt die Entschuldung im gleichen Zeitraum nur rund 6 Millionen Euro.